

Wolf: Abschuss im Burgdorfer Rudel

22. April 2021

Christel Grommel

In der Nacht zum 22. April wurde innerhalb des Territoriums des Burgdorfer Rudels ein weiblicher, ein- bis zweijähriger Wolf getötet. Olaf Lies gab ein Statement.

Der Vollzug fand innerhalb der aktuell geltenden Ausnahmegenehmigung für Wölfe des Rudels statt. Dem Standardprozedere folgend wird der Kadaver aktuell routinemäßig vom NLWKN geborgen, eine genetische Untersuchung zur Identifizierung wird eingeleitet. Das Ergebnis wird in der Kalenderwoche 18 erwartet.

Die Genehmigung ist auf fest definierte Teile des Kernterritoriums des Burgdorfer Rudels beschränkt. Zur Entnahme freigegeben waren ein [Wolfsrüde](#) GW 950m und ab 1. Juli 2021 die Fähe 1423f. Aus DNA-Analysen geht hervor, dass unter anderem diese beiden Tiere an den Rissereignissen beteiligt waren, die vermehrt stattgefunden hatten.

Die Ausnahmegenehmigung war zeitlich bis zum 31. August befristet. Der Vollzug wird aufgrund der Entnahme zunächst ausgesetzt.

Fast 10.000 Euro Schaden

Seit dem Herbst 2019 war es im Territorium des Rudels mehrfach zu Übergriffen auf Nutztiere gekommen. Dabei wurde der zumutbare Herdenschutz immer wieder überwunden.

Nicht nur kleinere Nutztiere wie Schafe wurden von den Wölfen getötet, sondern wiederholt auch Rinder und vor allem Pferde. Der Gesamtschaden durch die Risse beläuft sich bisher auf etwa 9.260 Euro. Hinzu kommen Schäden durch eine Reihe weiterer Rissvorfälle im Territorium des Rudels.

Daher wurde am 31. März durch den NLWKN eine artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigung zur Entnahme der beiden Wölfe erteilt. Damit sollte insbesondere die Gefahr einer Weitergabe dieser nicht akzeptablen Jagdtechniken der Wölfe verhindert werden.

Grüne klagen auf Offenlegung von Abschussgenehmigungen

Die Grünen in Niedersachsen wollen die Landesregierung per Gericht zu Auskünften über den Abschuss von Wölfen bewegen. Dazu reichten Landtagsabgeordnete eine Verfassungsklage beim Staatsgerichtshof in Bückeburg ein.

"Bei bislang drei Abschüssen in den vergangenen Wochen wurde nicht der gesuchte Wolf, sondern ein Jungtier getötet", teilten die Grünen am Donnerstag mit. Die Landesregierung aus SPD und CDU halte laufende Genehmigungen für Wolfsabschüsse unter Verschluss und verweigere Abgeordneten des niedersächsischen Landtags jede Auskunft, kritisierten die Grünen. Das sei nicht vereinbar mit dem Kontroll- und Informationsrecht des Parlaments. Die Landesregierung sei gegenüber allen Abgeordneten zu vollständigen Auskünften verpflichtet.

Mit Material von MU, dpa